

68. Abgeordnete
**Nicole
Maisch**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie setzt sich die Bundesregierung für die Einführung einer freiwilligen Selbstverpflichtung der Spielzeugunternehmen ein, um die Verwendung von potentiell gesundheitsgefährdenden Stoffe in Kinderspielzeug – bereits vor Inkrafttreten eines entsprechenden Verbotes – zu beenden?

**Antwort des Staatssekretärs Dr. Bernhard Heitzer
vom 9. Dezember 2011**

Zurzeit liegen der Bundesregierung keine Erkenntnisse zur Einführung einer freiwilligen Selbstverpflichtung der Spielzeugunternehmen vor.

Flankierende nationale Maßnahmen erscheinen grundsätzlich nützlich. Deshalb hat das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie auch das Fachgespräch zur EU-Spielzeugrichtlinie durchgeführt. Flankierende Maßnahmen in Form einer von der Bundesregierung initiierten Selbstverpflichtung der Wirtschaft bergen allerdings das nicht zu überschätzende Risiko, von der Europäischen Kommission als faktisches Wettbewerbshindernis Deutschlands ausgelegt zu werden. Es wäre zu erwarten, dass die Europäische Kommission ein Vertragsverletzungsverfahren gegen Deutschland in die Wege leiten würde. Der Anstoß zu freiwilligen Selbstverpflichtungen der Wirtschaft sollte deshalb von der Wirtschaft selbst und nicht von der Bundesregierung ausgehen. In jedem Fall sind auch die kartellrechtlichen Vorschriften zu beachten.

69. Abgeordnete
**Nicole
Maisch**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche (staatlich geförderten) Siegel und Labels gibt es zur Kenntlichmachung von sicherem, gesundheitlich unbedenklichem Kinderspielzeug in Deutschland, und in welchem Umfang werden Kinderspielzeuge mit diesen ausgezeichnet (bitte aufschlüsseln nach den verwendeten Siegeln)?

**Antwort des Staatssekretärs Dr. Bernhard Heitzer
vom 9. Dezember 2011**

Ein anerkanntes Prüfzeichen ist das gesetzlich geregelte GS Zeichen. Hierbei handelt es sich um eine freiwillige Kennzeichnung. Konkrete Zahlen, in welchem Umfang Kinderspielzeuge mit diesem gekennzeichnet werden, liegen nicht vor.

70. Abgeordneter
**Niema
Movassat**
(DIE LINKE.)
- Hat die Bundesregierung Kenntnis darüber, dass die ca. 900 Maschinenpistolen und Einzelteile, die im Jahr 2009 nach Ägypten geliefert wurden, sowie weitere Rüstungsexportgüter aus Deutschland aktuell nicht gegen ägyptische Demonstranten eingesetzt werden und auch bisher nicht eingesetzt wurden, und falls nicht,

welchen Einfluss hat der mögliche Einsatz deutscher Rüstungsexportgüter gegen Demonstranten auf die zukünftige deutsche Rüstungsexportstrategie für Ägypten?

**Antwort des Staatssekretärs Jochen Homann
vom 6. Dezember 2011**

Der Bundesregierung liegen keine Erkenntnisse über den Einsatz von im Jahr 2009 aus Deutschland nach Ägypten gelieferten Maschinenpistolen oder anderen aus deutscher Fertigung stammenden Rüstungsgütern gegen ägyptische Demonstranten vor.

Im Übrigen wird die Bundesregierung weiterhin jeden Genehmigungsantrag zur Ausfuhr entsprechender Güter nach Ägypten auf der Grundlage der gesetzlichen Vorschriften und unter Beachtung der Politischen Grundsätze der Bundesregierung für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern vom 19. Januar 2000 sowie des Gemeinsamen Standpunkts 2008/944/GASP des Rates der Europäischen Union vom 8. Dezember 2008 betreffend gemeinsame Regeln für die Kontrolle der Ausfuhr von Militärtechnologie und Militärgütern prüfen und entscheiden.

71. Abgeordnete **Beate Müller-Gemmeke** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Aus welchen Bestandteilen setzt sich die Bruttolohn- und -gehaltssumme (tarifliche Einmalzahlung, Boni etc.) zusammen, die der Steuerschätzung vom November 2011 zugrunde liegt, und von welchen prozentualen Zuwächsen wird bei den jeweiligen Bestandteilen der Bruttolohn- und -gehaltssumme in den Jahren 2011 sowie 2012 ausgegangen?
72. Abgeordnete **Beate Müller-Gemmeke** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Wie viel Prozent der in der Steuerschätzung für jeweils 2011 und 2012 prognostizierten einmaligen Vergütungen sind auf tarifliche Regelungen zurückzuführen, und welchen prozentualen Anteil haben sie an den gesamten einmaligen Vergütungen?

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs
Hans-Joachim Otto
vom 5. Dezember 2011**

Wegen des engen Sachzusammenhangs werden die Fragen 71 und 72 gemeinsam beantwortet.

Die Bundesregierung projiziert die Bruttolöhne und -gehälter nicht in den in der Fragestellung skizzierten Teilkomponenten, da die hierfür erforderlichen Datengrundlagen fehlen.

Es erfolgen jedoch Vorausschätzungen differenziert nach Bruttolöhnen und -gehältern je Arbeitnehmer sowie der Zahl der Arbeitneh-